

# Sonstige Beschlüsse



Beschluss des 21. Parteitages  
der CDU Deutschlands

**CDU**

## **Beschluss D 1**

Die CDU Deutschlands unterstützt alle Bemühungen, die Öffentlichkeit flächendeckend zu informieren und den Menschen die Grundlage zu geben, sich eine eigene Meinung zu dem lebenswichtigen Thema „Organspende“ bilden zu können. Im Rahmen des Aufklärungsauftrages sind Bund, Länder und Kommunen aufgefordert die Rahmenbedingungen für die Organspende zu optimieren.

## **Beschluss D 3**

Die Union wird sich im Rahmen der Großen Koalition für die Umsetzung der nachstehenden Forderungen einsetzen:

Die Lohnfindung darf durch flächendeckende gesetzliche Mindestlöhne nicht behindert werden.

Voraussetzung für die Anwendung des Entsendegesetzes müssen u. a. soziale Verwerfungen durch ausländische Arbeitskräfte sein.

Das Mindestarbeitsbedingungsgesetz darf nicht in der Fassung von 1952 zur Anwendung kommen.

Flexible Arbeitsmarktformen wie z. B. die Zeitarbeit dürfen nicht behindert werden.

## **Beschluss D 6**

1. Die CDU tritt für einen ausgewogenen und nachhaltigen Energiemix ein. Jede Form der Energiegewinnung ist separat auf ihre Stärken und Schwächen hin zu analysieren. Alle Energieträger sind auch weiterhin vorurteilsfrei auf ihre Chancen und Risiken zu überprüfen. Keine Energieart darf aus ideologischen Gründen ausgeschlossen werden – auch nicht die Kernenergie.
2. Die CDU fordert, dass Energieeffizienz und Ressourcenschonung an erster Stelle einer neuen Ausrichtung der Energiepolitik stehen. Mit heute bereits vorhandenen Technologien kann der Energieverbrauch gewaltig zurückgefahren werden, ohne dass wir Abstriche an unserem Komfort vornehmen müssten.
3. Die CDU tritt für den verstärkten Einsatz von erneuerbaren Energien ein. Ihr Einsatz muss jedoch technologieoffen und wirtschaftlich sinnvoll sein. Einen gesetzlichen Zwang zur Nutzung erneuerbare Energien lehnt die CDU ab.

## **Beschluss D 12**

Der Bundesparteitag hat beschlossen,

1. die Investitionen im Bundeshaushalt für die Bundesfernstraßen dauerhaft um mindestens eine Milliarde Euro zu erhöhen,
2. noch vorhandene Autobahn-Engpässe von bisher vier Streifen ohne Standspur weiter bedarfsgerecht auf sechs Streifen mit Standspur auszubauen,
3. zum aktiven Lärmschutz der Bevölkerung die wichtigsten Umgehungsstraßen zügig zu bauen,
4. seine Verkehrspolitik an dem Grundsatz „Straße finanziert Straße“ auszurichten, damit der Verkehrsinfrastrukturfinanzierungsgesellschaft (VIFG) mehr private Mittel zufließen.

ßen können. Die VIFG sollte die Mittel aus der LKW-Maut direkt vereinnahmen und Kreditfähigkeit erhalten. Dadurch könnte ein enormer Investitionsschub ausgelöst werden.

### **Beschluss D 13**

Da die CDU für die Türkei eine privilegierte Partnerschaft mit der EU für die richtige Lösung hält, scheidet eine Vollmitgliedschaft der AKP in der EVP aus. Parteien können nur dann Vollmitglied der EVP werden, wenn sie in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union politisch aktiv sind.

### **Beschluss D 33**

Die CDU Deutschlands spricht sich klar gegen die Einführung von allgemeinen Tempolimits auf deutschen Autobahnen aus, da die Vorteile in keinem Verhältnis zu den damit verbundenen Nachteilen für Autofahrer stehen würden. Außerdem fordert die CDU eine verstärkte Forschung für alternative umweltfreundliche Antriebssysteme sowie den verstärkten Einsatz von intelligenten Verkehrsleitsystemen, die den Straßenverkehr flüssiger machen.

### **Beschluss 39**

Den Kommunen muss mehr Eigenverantwortung ermöglicht werden. Ihre finanzielle Leistungskraft wirkt sich auf den Alltag der Bürger unmittelbar aus. Deshalb werden wir die kommunalen Steuern so fortentwickeln, dass die Leistungsfähigkeit der Kommunen für ihre Bürger sichergestellt ist.

### **Beschluss D 45**

Die CDU Deutschlands begrüßt, dass durch den vor wenigen Tagen publizierten Nachweis pluripotenter Stammzellen, die direkt aus Zellen geborener Menschen gewonnen werden können und die Eigenschaften embryonaler Stammzellen aufweisen (induzierte pluripotente Stammzellen, iPS-Zellen), eine neue und ethisch unproblematische Alternative zu menschlichen embryonalen Stammzellen besteht. Die naturwissenschaftlichen Eckdaten,

auf deren Basis die vor einem Jahr begonnene Diskussion um das Stammzellengesetz stattfindet, haben sich damit grundlegend verändert.

Die CDU Deutschlands stellt fest, dass mit den jetzt nachgewiesenen pluripotenten menschlichen iPS-Zellen sowie mit pluripotenten menschlichen Stammzellen aus Nabelschnurblut und Fruchtwasser ein viel versprechender weiterer Bereich der Grundlagenforschung mit pluripotenten menschlichen Zellen eröffnet ist, der keinen ethischen Bedenken begegnet und keinen Verboten des Embryonenschutzgesetzes oder des Stammzellengesetzes unterliegt. Insbesondere gestatten die neuen menschlichen iPS-Zellen auch die ethisch unbedenkliche Gewinnung und Untersuchung patientenspezifischer pluripotenter Stammzellen.

Die CDU Deutschland begrüßt ausdrücklich die Absicht der Bundesregierung, die Grundlagenforschung mit ethisch unbedenklichen menschlichen iPS-Zellen und die heute bereits therapeutisch erfolgreiche Forschung mit adulten Stammzellen gezielt und vorrangig zu fördern. Die unbestrittene internationale Führungsrolle Deutschlands bei neuen Therapien mit adulten Stammzellen, wie etwa bei der Therapie des Herzinfarktes, gilt es beizubehalten und im Interesse der Patienten auszubauen.

Die CDU Deutschlands bekräftigt, dass die Achtung der unantastbaren Würde des Menschen der oberste Wert unserer Verfassung ist. Wir werden uns weiterhin für einen konsequenten Embryonenschutz einsetzen.

Die CDU Deutschlands fordert die Mitglieder der CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf, dafür Sorge zu tragen, dass von Deutschland kein Anreiz für eine verbrauchende Embryonenforschung ausgehen darf und sich dafür auch auf europäischer und internationaler Ebene einzusetzen. Die CDU Deutschlands bekräftigt, dass die Tötung menschlicher Embryonen zur Gewinnung menschlicher embryonaler Stammzellen mit dem christlichen Menschenbild und den Vorgaben des Grundgesetzes unvereinbar ist. Gleichzeitig sollte alles daran gesetzt werden, im Interesse der Patienten die Führungsposition Deutschlands bei Therapien mit ethisch unproblematischen adulten Stammzellen beizubehalten und auszubauen sowie die Rolle der Deutschen Grundlagenforschung mit ethisch unproblematischen pluripotenten Stammzellen, wie etwa iPS-Zellen, massiv zu stärken.